

Spendenparlament verteilt 25000 Euro

Kiel. Trotz Sommerhitze war gestern Bescherung für zwölf soziale Einrichtungen in der Landeshauptstadt. Sie erhielten insgesamt rund 25000 Euro für Projekte, für die sonst kein Geld vorhanden gewesen wäre. Die Finanzierung sicherte der Verein „Kieler Spendenparlament“. Im November will das Spendenparlament über weitere Projektförderungen entscheiden.

Hoffnungsvoller Anfang

Zum Kieler Spendenparlament

Von Jürgen Küppers



Das einzig Negative am Kieler Spendenparlament ist der Umstand, dass es nicht schon früher gegründet wurde. Denn wie gut die Idee funktionieren kann, hat Hamburg vorgemacht. Seit 1996 kamen dort rund 8,3 Millionen Euro für mehr als 1000 Projekte zusammen. Da nimmt sich das Kieler Pendant mit einer ersten Bilanzsumme in Höhe von 25000 Euro nach knapp einem Jahr zwar vergleichsweise bescheiden aus. Doch es ist ein Anfang - vielleicht und hoffentlich einer Erfolgsgeschichte.

Bei genauerer Betrachtung ist ein Erfolg sogar schon da. Denn bürgerschaftliches Engagement wie Stiftungen oder nennenswertes Mäzenatentum haben in einer so lange von Marine und Werften geprägten Stadt wie Kiel so gut wie keine Tradition. Ganz anders als in Lübeck oder Hamburg. Jetzt, unter dem Druck schwindstüchtiger öffentlicher Finanzen zu Lasten vieler kleiner Vereine und sozialer Institutionen, scheinen Bürger sich zunehmend ihrer Verantwortung für das Gemeinwesen bewusst zu werden. Und wenn sie dann als Spendenparlamentarier mit einem Jahresbeitrag ab 60 Euro im Jahr auch noch bei der Verteilung der Spenden Mitsprache haben, dürfte das in Zeiten boomender Bürgerbeteiligungen ein zusätzlicher Anreiz sein.

Die Vereine und sozialen Einrichtungen werden ihnen dafür von Herzen danken, stehen sie finanziell doch oft genug mit dem Rücken zur Wand. Jeder zusätzliche Euro mehr für ihre Arbeit macht Kiel somit auch ein Stück lebens- und lebenswerter.

Vorzeitige Bescherung für soziale Einrichtungen

Vom Puppenprojekt bis zum Lift: Kieler Spendenparlament unterstützt erstmals Vorhaben – Mitglieder entscheiden über die Verteilung

Kiel. Es weihnachtet in Kiel – und das mitten in der größten Sommerhitze. Denn gestern war Bescherung für zwölf soziale Einrichtungen. Sie alle erhielten Schecks zwischen 70 und 5000 Euro für Projekte, für die sonst kein Geld vorhanden gewesen wäre. Aber das Kieler Spendenparlament hatte in seiner ersten Sitzung vor rund vier Wochen entschieden, welche Einrichtung mit wie viel Spendengeld unterstützt werden soll.

Und zu verteilen gibt es im Jahr eins nach der Gründung des Spendenparlaments im Oktober 2013 einlages: insgesamt 25000 Euro. Diese Einrichtungen profitieren nun unter anderem davon: Frauenberatungsstelle Eß-O-Eß (1000 Euro), Jugendbüro Mettenhof (200 Euro), Jugendtreff Kiste (5000 Euro als Grundstock für ein neues Fahrzeug), Gesellschaft für soziale Hilfen (4500 Euro), Fürwerk (1200 Euro für Kulturangebote für Kinder in Pflegefamilien), der Verein Lotta (242 Euro für eine Ostseefreizeit), Marie-Christian-Heime (70 Euro für ein Puppenprojekt), Sozialdienst katholischer Frauen (608 Euro), Sternenkinder-Stiftung (1500 Euro für Sprachförderung), Awo-Bürgerzentrum (1360 Euro), Petze-Institut (1000 Euro für mehrsprachiges Infomaterial), Verbraucherzentrum für ältere und behinderte Menschen (5000 Euro für einen neuen Lift).

Angesichts des vergleichsweise kurzen Zeitraums seit Gründung des Spendenparlaments sei die nun zu verteilende Summe von 25000 Euro „erfreulich hoch“, betonte der Vorsitzende der Finanzkommission des Gremiums und ehemalige Amtsleiter Alfred Bornhalm. Bereits im November soll das Spendenparlament erneut zusammenkommen, um über weitere Förderanträge zu entscheiden. Auch hierfür ist bereits eine ansehnliche Summe zusammengekommen: rund 22000 Euro.

Bis November soll aber nicht nur das Spendenvolumen weiter wachsen. „Wir wollen bis dahin auch die Mitgliederzahl im Spendenparlament von derzeit etwa 60 auf über 100 steigern.“ Wie berichtet, können Bürger mit einem Mindestjahresbeitrag von 60 Euro bei Sitzungen des Spendenparlaments mit über die Verwendung der Gelder entscheiden. „Diese Möglichkeit einer unmittelbaren Mitsprache dürfte für eine noch weit größere Zahl an Bürgern attraktiv sein.“ kUp